

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 1

Artikel: Die jugoslawischen Berichte über die UDBA-Tätigkeit : Rankovics Schatten

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die jugoslawischen Berichte über die UDBA-Tätigkeit

Rankovics Schatten

In Jugoslawien wurde Djilas begnadigt, und zwei Mitarbeiter Mihailo Mihajlovs sind aus der Haft entlassen worden. Ist dies der Ausgleich dafür, dass kurz vorher darauf verzichtet worden war, gegen Rankovic und andere ehemalige Führer der UDBA (Geheimpolizei) gerichtlich vorzugehen, die man zahlreicher Verbrechen beschuldigt hatte (siehe KB, Nr. 26, 1966)?

Rätselhaft

Die Amnestierung Rankovics und seiner Gruppe ist noch immer ein Rätsel, und zwar deshalb, weil zuvor alle Indizien auf die Vorbereitung eines spektakulären Prozesses hatten schliessen lassen. Rankovic, der abgesetzte Vizepräsident Jugoslawiens, hatte bis zu diesem Sommer seine frühere Organisation, den Sicherheitsdienst, praktisch in seiner Gewalt und missbrauchte ihn auf flagrante und verbrecherische Weise, dies in vollem Einverständnis mit dem nominalen UDBA-Chef Stefanovic und Vojin Lukic, dem ehemaligen Staatssekretär für Innere Angelegenheiten.

Im Verlaufe von Sommer und Herbst wurde die gesamte UDBA-Tätigkeit einer gründlichen Untersuchung unterzogen, die von einer umfassenden Säuberung begleitet war. Die jugoslawische Presse berichtete fortlaufend von der Entdeckung verbrecherischer Aktivitäten, derer sich die Geheimpolizei unter schwerstem Amtsmissbrauch schuldig gemacht hatte.

Die Ueberführten

All dies erhielt dann seinen offiziellen Anstrich, als die Staatsanwaltschaft («Borba», 10. Dezember) ihren Bericht vorlegte, welcher die schwärzesten Darstellungen zu bestätigen schien. Und dann bestand der nächste Schritt in einer Amnestie für die Hauptverantwortlichen. Die Nationalversammlung in Belgrad bejahte zwar Rankovics konspirative Aktivität, verzichtete aber gleichzeitig darauf, gegen ihn und 17 weitere ehemalige Funktionäre der UDBA gerichtlich vorzugehen.

Der ganze Ablauf des Falles Rankovic mit allen Beschuldigungen und der schliesslichen Amnestierung mutet äusserst seltsam an. Der Bericht des jugoslawischen Staatsanwaltes war so formuliert gewesen, dass jeder Leser dazu geführt wurde, einen Prozess zu erwarten. Er unterbreitete Details und Schlussfolgerungen mit solcher Gründlichkeit, dass ein vernichtendes Urteil als Fazit zwingend scheint. Aus diesem Text (wie auch aus dem zusammenfassenden Regierungsbericht) kann jedermann ersehen, dass Rankovic und seine «Verschwörerclique» die Macht im Lande usurpieren wollten, wozu sie nicht nur sämtliche potentielle Rivalen Rankovics, sondern auch Tito selbst unter Bewachung hielten, was bis zu Abhöranlagen in Titos Schlafzimmer führte.

Die Berichte betonten, dass Rankovic «unbedingten Gehorsam» verlangte. Er schuf seinen eigenen Personenkult und drückte gnadenlos alle seine Opponenten aus ihren Aemtern, ob es sich um Partei, Armee oder Aussenministerium han-

delte. Seine Macht erstreckte sich ebenso auf Wissenschaftler, Schriftsteller, Beamte und Wirtschaftsfunktionäre. Als Beispiel besonders herausgestrichen wird der Fall des früheren jugoslawischen Botschafters in Sofia, Predrag Ajtic. Nachdem er sich geweigert hatte, für Rankovics Clique zu arbeiten, wurde er 1963 von seinem Posten abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen, was Rankovic mit Hilfe der UDBA durch ebenso gezielte wie erlogene Denunziation zuwege brachte. Ajtic wurde letzten Herbst wieder rehabilitiert (siehe auch KB Nr. 24, 1966).

Ungezählte Male weisen die Berichte von Staatsanwaltschaft und Regierung auf das verfassungswidrige Vorgehen Rankovics und der ihm hörigen UDBA-Dienste hin. Die Geheimpolizei respektierte das Parlament oder die Person Titos sowenig wie die Armeeführung oder den Präsidenten der Bundesversammlung, Edvard Kardelj (der jahrelang als Hauptrivale Rankovics um die Nachfolge Titos gegolten hatte). Ueber alle, die ausserhalb der Machtgruppe Rankovics standen, wurden Dossiers geführt, gegen sie alle wurden Intrigen vorbereitet, sie alle waren ständig überwacht. Kurz: die UDBA war «zum Staat im Staat» geworden.

Vom 11. November 1965 bis zum 20. Juni 1966 wurden sämtliche vertrauliche Gespräche Titos (mit in- und ausländischen Besuchern) sowohl in seinem Büro als auch in seiner Privatresidenz abgehört. Die Techniker, welche sich für die Installation von Mikrofonen bei Tito und andern Persönlichkeiten hergegeben hatten, sind unterdessen aus der UDBA entfernt worden. Was mit ihnen weiter geschehen ist, bleibt unbekannt.

Verantwortlichkeit unmissverständlich

Der Bericht der Staatsanwaltschaft betont, dass aus den bisher gesammelten Angaben und Untersuchungen die entscheidende Rolle hervorgehe, die Rankovic, Stefanovic und Lukic bei der Ausarbeitung der Konzeption, des Tätigkeitsbereiches und der Arbeitsmethoden des Staatssicherheitsdienstes gespielt hätten. «Sie haben», so wird ausgeführt, «mit Hilfe von Dienst- und Ordnungsanweisungen eine totale Kontrolle ausgeübt, die sich nicht nur auf die gesellschaftliche Entwicklung, sondern auch auf die Massen der Bürger erstreckte.» Mit einem Stab von Beobachtern und Spitzeln sowie mit ihrem Abhördienst hätten sie insbesondere die Partei- und Regierungsfunktionäre völlig unter Kontrolle gehalten.

Bezüglich Rankovic und Stefanovic wird insbesondere klargemacht, dass sie keineswegs nur um persönliche Macht intrigiert haben, obwohl dieses Motiv offensichtlich eine erhebliche Rolle

spielt, sondern auch das jugoslawische Staats- und Gesellschaftssystem selbst zu sabotieren suchten. Vor allem hätten sie die Selbstverwaltung (sozusagen die Spezialität des jugoslawischen Sozialismus) kompromittiert. Sie hätten sich in die Tätigkeit von Wirtschaftsbetrieben und gesellschaftlich-politischen Organisationen eingemischt und diese beeinflusst.

Diktierter Entscheidungen

Aus dem Bericht wird auch offenkundig, wie sehr die Partei- und Staatsbehörden für ihre Entscheidungen auf die UDBA angewiesen waren. Denn es ist vom UDBA-Informationsdienst die Rede, mit dessen Hilfe die hohen Partei- und Staatsfunktionäre über die wichtigen Ereignisse informiert wurden. Die Staatsanwaltschaft stellt nicht nur fest, dass diese Informationen oft falsch waren, sondern auch, dass «Massnahmen suggeriert wurden, die in keiner Verbindung mit dem Kampf gegen den Feind standen».

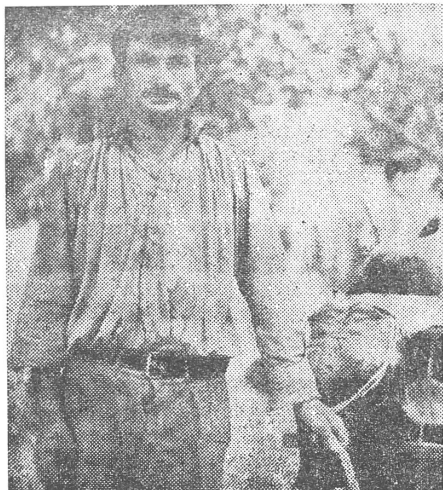
Ob und wie nun Partei und Behörden diese «suggerierten Massnahmen» rückgängig machen wollen, ist eine Frage, auf die nicht näher eingegangen wird. Einige Opfer, wie eben der Botschafter Ajtic, sind rehabilitiert worden. Andere von der UDBA praktisch diktierten Entscheide dürften nicht so leicht zurückgenommen werden können. Bei alledem mag man sich überhaupt fragen, welche Glaubwürdigkeit Partei und Regierung für die Zeit haben, als sie ihre Entscheide auf UDBA-Informationen abstellten.

In ähnlicher Weise regt der Bericht zum Nachdenken über die kulturelle Freiheit in Jugoslawien an. Die Staatsanwaltschaft stellt fest, dass das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten (bei der Bundesregierung) ausführliches Material über die «negativen Erscheinungen bei Kultur und Kulturträgern» sammelte. Diese Aufmerksamkeit galt «allen Universitäten, der serbischen und slowenischen Akademie der Wissenschaften, dem Institut für Soziologie in Ljubljana, den Verlagshäusern und Zeitungsredaktionen, den Schriftstellern und Filmschaffenden». Auf den entsprechenden Fichen wurden die Äusserungen von Professoren, Schriftstellern und Künstlern registriert. Und auf Grund dieser Informationen habe der Sicherheitsdienst seine «Urteile über die politische Haltung dieser Personen sowie über den Wert ihrer literarischen Werke» gefällt (und wohl auch in dieser Hinsicht den Behörden «Massnahmen suggeriert»).

Der Bericht der Staatsanwalt vermeldet auch handfestere Aktionen der UDBA. Zu ihnen gehört auch die sogenannte «Operation Morava», über welche später die Zagreber Zeitschrift «Vjesnik u srijedu» in zwei Fortsetzungen ausführlich berichtete.

Die «Operation Morava»

Bei diesem «romantischen» Unternehmen ging es um nichts weniger als einen Goldschatz. Man vermutete nämlich, dass Mihajlovic, Titos Rivale im Partisanenkrieg gegen die Deutschen, irgendwo Gold und Wertpapiere versteckt hatte, welche die UDBA ausfindig machen wollte. Die «Operation Morava» wurde laut Staatsanwaltschaft von Stefanovic und Lukic angeordnet, nachdem Rankovic seine Zustimmung gegeben hatte. Laut «Vjesnik u srijedu» begann die Sache damit, dass



Gefoltert, weil er nichts über einen Goldschatz von Mihajlovic wusste: Djurdj Petrovic.

man 1963 zwei Leute verhaftete, einen Angestellten der Nationalbank und einen Landwirt namens Ljubo Djajic, der während des Krieges Ordonanzgehilfe bei einem Stabsoffizier von Mihajlovic gewesen war. Von diesen Männern nahm die UDBA an, dass sie über den Goldschatz Bescheid wissen könnten, und folterte sie, um Aussagen zu erhalten. Auch führte man sie in Mittel- und Westserbien von Dorf zu Dorf, um sich alle Orte zeigen zu lassen, wo Mihajlovic sich aufgehalten hatte. Dann schritt die UDBA jeweils zu Verhaftungen, denen Folterungen in der Untersuchungshaft folgten, offensichtlich in der vagen Hoffnung, einmal doch auf einen zu stossen, der Bescheid wissen mochte. Da dies nirgends zutraf, zog sich die Operation bis zum April 1966 im gleichen Stile hin. Djajic beging in der Zwischenzeit Selbstmord. Man verhaftete und folterte seine Frau, seinen Sohn Tiodor, seine Tochter Olga und seinen Verwandten Djurdj Petrovic. Sie alle konnten deshalb keine Aussagen machen, weil sie nichts wussten.

Laut Staatsanwaltschaft wurden bei dieser «Operation» viele Personen von der UDBA verprügelt und einige schwer verletzt. Die lokalen Behörden standen diesem Treiben offensichtlich machtlos gegenüber. Zwar versuchte der Parteisekretär des Dorfes Blaca (wo die Familie Djajic wohnte), einmal einen Protest anzubringen, aber die UDBA brachte daraufhin «Beweismaterial» zusammen, wonach er mit Mihajlovic sympathisiert habe, womit er mundtot gemacht war.

Wie man sieht, liess die Tätigkeit der UDBA an Vielseitigkeit nichts zu wünschen übrig. Und sie besass offenbar die Macht, ihre Aktivität vollkommen unangefochten auszuüben.

Bestrittene Gefährlosigkeit

Trotzdem besteht der von Tito gutgeheissene Regierungsbericht darauf, dass Rankovic (mit seinen 17 aufgezählten hauptsächlichsten Mitarbeitern) keine Gefahr für das bestehende System darstellt. Aus diesem Grunde könne eine vom «revolutionären Humanismus» inspirierte Grosszügigkeit praktiziert werden.

Das jugoslawische Parlament hat sich der These Titos angeschlossen, dass Rankovic und seine

Leute nicht länger gefährlich seien. Anscheinend ist übrigens nicht jedermann mit dieser Ansicht einverstanden. Neun von 120 Delegierten enthielten sich der Stimme, als der Verzicht auf eine Strafverfolgung beschlossen wurde, und erklärten der «Borba» später, dass sie ein Gerichtsverfahren gewünscht hätten. Auch Miko Tripalo, der Sekretär des kroatischen Parteipräsidiums, teilte diese Meinung. Zwei Tage nach dem Amnestiebeschluss befasste er sich in der Zagreber Zeitung «Vjesnik» mit dem Fall. Dabei schrieb er:

«Der Bund der Kommunisten ist in letzter Zeit von einigen seiner sozusagen strategischen Aufgaben abgewichen. Deshalb nützen die bürokratischen Kräfte den Demokratisierungsprozess aus und einigen sich wieder. Hier denke ich auch an die Gruppe, die schuldig befunden wurde, und an all jene, die ihr ideologisch, wenn auch nicht notwendigerweise politisch und organisatorisch verbunden sind... Die Taktik dieser bürokratischen Kreise besteht darin, ihre Kraft aus den möglichen Rückschlägen unserer Wirtschaftsreformen zu ziehen. Sie lässt sich in die Formel fassen: 'Nun ja, wir sind momentan besiegt, aber wir werden doch sehen, ob uns die Zukunft nicht günstiger ist'...»

Rücksicht auf nationale Gruppen...

Laut Tripalo sind diese «bürokratischen Kräfte» so stark, dass ein Verbot, ihre Auffassungen mit organisatorischen Mitteln zu verbreiten, sie nicht daran hindern wird, auf unkontrollierte Weise in der Gesellschaft zu wirken. Die kroatischen Kommunisten scheinen also Belgrads Sicherheit über die Harmlosigkeit Rankovics zu teilen. Und hier öffnet sich ein weiterer Aspekt der Angelegenheit.

Zu den frühesten Mutmassungen ausländischer Korrespondenten in Belgrad gehörte die Mei-

nung, Tito habe mit seinem Verzicht, Rankovic vor Gericht zu bringen, den Serben entgegenkommen wollen. Rankovics Gruppe bestand nämlich ausschliesslich aus serbischen Funktionären. Ihre gerichtliche Verfolgung wäre sicherlich da und dort als antiserbische Aktion aufgefasst worden und hätte das ohnehin recht akut gewordene Nationalitätenproblem noch verschärft.

Andererseits hätte Rankovic, und das ist ganz sicher ins Gewicht gefallen, vor Gericht seine Trümpfe gehabt, da er dank seiner Abhördienste über alle jugoslawischen Führer zuviel wusste und hätte auspacken können.

... oder internationale Mächte?

Schliesslich soll Moskau aus ähnlichen Gründen ein Gerichtsverfahren gegen Rankovic gefürchtet haben. Die Gerüchte, wonach Rankovics Abhöranlagen auch in der Sowjetbotschaft funktionierten, sind zwar offiziellerseits nicht bestätigt worden, tönen aber, neben allem, was tatsächlich bekanntgegeben wurde, gar nicht mehr so abwegig. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht aufschlussreich, dass der Bericht der Staatsanwaltschaft über die Tätigkeit Rankovics nicht in seinem vollen Umfang, sondern nur in grossen Auszügen veröffentlicht wurde.

Der Verzicht auf ein Gerichtsverfahren wurde unter anderem mit dem Hinweis auf die Schwäche Rankovics begründet, der nach seiner Blossstellung nicht mehr im Stande sei, Schaden zu stiften. Aber man kann die Amnestie eher als eine Schwäche Titos und seiner Kollegen verstehen.

Es mag sein, dass Djilas der Schonung Rankovics seine vorzeitige Entlassung aus dem Ge-

Fortsetzung auf Seite 6



Im Gefängnis von der UDBA misshandelt: Tiodor Djajic und Angehörige als Opfer der «Operation Morava».



Posen, 29. Juni 1956: Demonstrierende Arbeiter führen eine polnische Fahne mit sich, die sie mit dem Blut eines Buben getränkt haben, der während der Unruhen umgekommen ist. Insgesamt gab es 38 Tote und 270 Verwundete.

Aber vielleicht war sie zu den Goszczynskis gegangen.

Goszczynskis Wohnung war leer, die Tür weit offen. Er stieg zur nächsten Etage empor, die eigentlich ein Estrich war. Eine Holzleiter führte hinauf. Er erklimmte sie und befand sich in einem grossen dunklen Raum mit kleinen Fenstern, die etwas Licht auf einige fremde Leute durchsickern liessen. Er wollte sie grüssen und fragen, ob Frau Goszczynska da sei, aber da niemand ihn beachtete, trat er näher. Wenn er sich auf die Zehenspitzen stellte, konnte er die Vater-Skarga-Strasse sehen. Rauch lag über ihr, und Schüsse waren zu vernehmen. Dann Lärm und Motoren-dröhnen von hinter der Eisenbahnlinie her. «Panzer von Golecin», sagte jemand, und Borecki hielt es für möglich, da dort eine Panzerschule war. Einige Burschen liefen gebückt herbei, aus Richtung der Libeltstrasse. Sie hatten kurze Schusswaffen und benahmen sie wie eine plumpe Filmimitation. Jemand sagte, sie kämen von der Tartacznastrasse, wo sie in ein Gefängnis eingebrochen seien, und Borecki hielt es wiederum für möglich. Doch ein anderer sagte, sie hätten das Waffendepot der Universität erbrochen, und von dorthier hätten sie die Gewehre. Wer aber brach in Waffenlager ein? Aufständische? Diesem Wort verschloss sich Borecki. Alles war möglich geworden, aber nicht dieses Wort: Aufständische. Das war kein Aufstand. Ein Aufstand war eine ernsthafte und edle Angelegenheit in den Schulbüchern und ein nationaler Feiertag. Er hustete und hustete, obwohl der Rauch von der Strasse nicht bis zum Estrich hinaufreichte. Goszczynski sah er nicht. Seine Tante, die noch nicht alte Frau mit schönen grünen Augen, die er schliesslich im Halbdunkel ausfindig machte, riet ihm grob, nach Brodna heimzukehren, da sonst jemand auf den Gedanken verfallen könnte, er sei zu einem bestimmten Zweck hergekommen. Nun, selbstverständlich hatte sein Kommen einen Zweck, hoffentlich. Aber Frau Goszczynska fragte ihn, ob er es den darauf abgesehen habe, in die Tartacznastrasse zu kommen, an die Stelle derer, die von den Aufständischen befreit worden seien. Und sie sagte das

Wort ‚Aufständische‘ mit Achtung, Mitgefühl und Leidenschaft.

Nun begriff Borecki, was mit dem Ausdruck «Zweck seines Kommens» in diesem Fall gemeint war. Und jetzt besann er sich auch auf Andeutungen, die er gestern nicht verstanden hatte. Das bedeutete, dass man hier etwas gewusst und erwartet hatte. Vielleicht hatte man auch in Brodna etwas gewusst, zum Beispiel Milka. Nur er hatte in seinem Laden gesessen, Brot und Flaschen ringsum, und hatte nichts gewusst. Frau Goszczynska fügte bei, dass nunmehr in der Tartaczna nicht Platz genug sein werde für alle, und niemand werde unversehrt davonkommen. Borecki pflichtete bei, grüsst und ging.

Auf den Bahnhof zu gehen, um einen Zug zu nehmen oder abzuwarten, erwog er nicht einmal. Er ging der leeren Strasse entlang in Richtung auf die Autobahn nach Brodna, langsam, um seine Kräfte zu schonen. Um zu Fuss nach Brodna zu kommen, würde es zwanzig Stunden ohne Zwischenhalt brauchen. Er würde es natürlich nicht schaffen, aber er ging. Nach zwei Stunden nahm ihn ein privater Ifa mit; der Fahrer war allein. Er war viel älter als Borecki und schweigsam. Doch nachdem sie eine erste Strassensperre passiert hatten, die nicht durch Miliz, sondern durch eine Militärpatrouille bewacht war, begann er zu reden: «Wer hätte gedacht, dass der Streik ein solches Durcheinander bringen würde?» Was gilt jetzt, dachte Borecki bei sich, ein Streik oder ein Aufstand? Der Mann fuhr fort: «Der Streik. Metallarbeiter von der grossen Fabrik, die Stalin dem unternehmenden Handwerk weggenommen hatte» — womit er offensichtlich den nach Stalin benannten Betrieb meinte. «Die Arbeiter der Fabrik hatten schon lange Forderungen erhoben. Sie gingen nach Warschau, einmal, zweimal, dreimal. Es ging um Normen und Löhne. Sie drohten mit Streik, aber in Warschau glaubte das natürlich niemand.» Und Borecki dachte: Streiks, ein Aufstand. Gegen die Volksmacht. Das Volk gegen die Volksmacht... Sie wurden an zwei weiteren Strassensperren aufgehalten.

Der Kommentar

Der Sowjetstaat verfügt seit Jahrzehnten über zwei Banken im Ausland: die Banque Commerciale pour l'Europe du Nord in Paris, und die Moscow Narodny Bank Ltd. in London (mit Filiale in Beirut). Seit Jahren besteht in Wien zudem eine Versicherungsgesellschaft, Garant AG, die bankähnliche Geschäfte tätigt. Letztes Jahr durfte die Sowjetunion in der Schweiz eine Bank gründen, die Wozchod-Handelsbank AG in Zürich.

Offiziell wurde die Wünschbarkeit einer Bank in der Schweiz mit der Finanzierung von Ostgeschäften und zunehmenden Goldverkäufen begründet. In Tat und Wahrheit dürfte indessen die Absicht begleitend gewesen sein, einen Brückenkopf in einem Lande zu errichten, das das Bankgeheimnis hochhält.

Verschiedene Ereignisse sprechen für ein gesteigertes sowjetisches Interesse am internationalen Finanzgeschehen:

■ Die Wozchod AG hat in Zürich eine Konferenz osteuropäischer Bankleute organisiert, vermutlich um ihr eine Schlüsselstellung im Osthandel zu sichern.

■ Die Filiale Beirut der Moscow Narodny soll durch massive Abhebungen zu dem Krach der libanesischen Intra-Bank entscheidend beigetragen haben. Eine Einflussnahme auf die Intra-Bank und ihre weltweiten Filialen käme der Sowjetunion natürlich sehr gelegen.

■ Moscow Narodny bemüht sich neuerdings um die Eröffnung einer Filiale in Frankfurt.

Dieses enorm gesteigerte Interesse an der Hochfinanz ist nicht allein dadurch zu erklären, dass Subventionen an ausländische kommunistische Parteien verschleiert werden sollen. Dazu hätte eine bescheidene Bank in der Schweiz genügt. Auch die Absicht, sich am Eurodollarmarkt zu beteiligen, rechtfertigt solche Bestrebungen kaum. Es rückt jedoch in den Bereich der Möglichkeit, dass die Sowjetunion langsam einen Kapitalexport vorbereitet, um ihre Beteiligungen an westlichen Unternehmungen auszubauen. Es war bei der Wiener Garant AG nachweisbar, dass sie über ein beachtliches Portefeuille westlicher Wertpapiere verfügte.

P. S.

Rankovics Schatten

Fortsetzung von Seite 4

fängnis verdankt. Tito hätte mit dieser Ausgleichsstellung wieder in seine Mittelstellung zwischen den «Revisionisten» und den «Dogmatikern» gefunden, die er jahrelang eingehalten hat. Allerdings war seine Neigung zum sogenannten liberalen Flügel in den letzten Jahren immer manifest geworden, was die Partei- und Wirtschaftsreformen anging. Soweit es allerdings um eine allfällige politische Opposition ging, blieben ihr Grenzen gesteckt, wie etwa der Fall Mihajlov zeigte.